

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 63. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Januar 2012, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	i. V. v. Niclas Herbst
Tobias Koch (CDU)	
Mark-Oliver Potzahr (CDU)	i. V. v. Hans Hinrich Neve
Ursula Sassen (CDU)	i. V. v. Astrid Damerow
Regina Poersch (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Olaf Schulze (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Anita Klahn (FDP)	i. V. v. Oliver Kumbartzky
Katharina Loedige (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ulrich Schippels (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	5
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1964	
2. Verkauf von Grundstücken der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (AöR)	6
Antrag der Landesregierung Umdruck 17/3346 und Drucksache 17/2141	
3. Integriertes Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1851	
(Der Umwelt- und Agrarausschuss bittet den Finanzausschuss mit Umdruck 17/3064 um eine Stellungnahme)	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/3124 (neu)	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/3409	
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 17/3315	
4. Überprüfung der GMSH einleiten	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1572	
Votientwurf des Vorsitzenden Umdruck 17/3408 (neu)	
5. Konsolidierungsprogramm Schleswig-Holstein gemäß § 5 StabiRatG	10
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 17/3211	

6. Information/Kenntnisnahme**11**

- [Umdruck 17/2949](#) und [Umdruck 17/3311](#) - Glücksspiel
[Umdruck 17/3213](#) - GMSH
[Umdruck 17/3214](#) - Bürgschaftsbank
[Umdruck 17/3270](#) - Beschlüsse der 25. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
[Umdruck 17/3312](#) - Zukunft Steuerverwaltung 2020
[Umdruck 17/3313](#) - Schulbau
[Umdruck 17/3314](#) - Dataport
[Umdruck 17/3366](#) - IT-Kooperation Personaldienste
[Umdruck 17/3367](#) - Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein
[Umdruck 17/3368](#) - Eingliederungshilfe
Vertraulicher [Umdruck 17/3327](#) - Veranstaltungen der Landesregierung

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1964](#)

(überwiesen am 16. November 2011 an den **Bildungsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Der Ausschuss bittet das Bildungsministerium, zu den finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs Stellung zu nehmen, und stellt die Beratungen bis dahin zurück. Auf der Grundlage der vom Bildungsministerium erbetenen Zahlen soll über das weitere Vorgehen und die etwaige Durchführung einer Anhörung entschieden werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Verkauf von Grundstücken der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten
(AöR)**

Antrag der Landesregierung
[Umdruck 17/3346](#) und [Drucksache 17/2141](#)

Auf eine Frage von Abg. Koch erwidert RL Bohling, die Försterei Reinbek solle bis auf Weiteres bestehen bleiben, weil ihr neue Aufgaben zugeordnet worden seien und sich ihr Zuständigkeitsbereich bei einem möglichen Flächentausch mit Hamburg verdoppeln würde.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Landesregierung [Drucksache 17/2141](#) anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Integriertes Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1851](#)

(Der Umwelt- und Agrarausschuss bittet den Finanzausschuss mit [Umdruck 17/3064](#) um eine Stellungnahme)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdruck 17/3124](#) (neu)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 17/3409](#)

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 17/3315](#)

Fragen von Abg. Heinold beantwortet Herr Kulbarsch dahin, durch weitere Verschärfungen der Gesetzgebung rechne man in den nächsten Jahren mit zusätzlichen Aufwendungen von durchschnittlich 8 bis 15 % für Energieeinsparung. Die in [Umdruck 17/3315](#) genannte Summe an Haushaltsmitteln sei sowohl für den Neubau als auch für Instandsetzungsmaßnahmen vorgesehen.

St Dr. Bastian weist darauf hin, dass Neubauten in der Regel bestehende Bauten ersetzen und im Saldo keine zusätzlichen Gebäudeflächen für das Land entstünden. Über die Etatisierung der in der Finanzplanung einstellten Baukosten entscheide der jeweilige Haushaltsgesetzgeber.

Abg. Koch lehnt den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und insbesondere die Festlegung, jährlich 25 Millionen € zur energetischen Sanierung der Landesliegenschaften bereitzustellen, ab. Abg. Loedige lehnt einen jährlichen Bericht der Landesregierung an den Finanzausschuss über das Erreichen der Klimaschutzziele ab.

In alternativer Abstimmung erhält der Antrag von CDU und FDP, [Umdruck 17/3124](#) (neu), die Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Umdruck 17/3409](#), die Stimmen der Oppositionsfraktionen. Damit verabschiedet der Finanzausschuss mehrheitlich [Umdruck 17/3124](#) (neu) als Stellungnahme an den Umwelt- und Agrarausschuss.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Überprüfung der GMSH einleiten

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1572](#)

(überwiesen am 26. August 2011 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/2668, 17/2720, 17/2729, 17/2736, 17/2912, 17/2937, 17/2938, 17/3213](#)

Votientwurf des Vorsitzenden

[Umdruck 17/3408](#) (neu)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 17/1572](#), zur Kenntnis zu nehmen, und verabschiedet dazu mit [Umdruck 17/3408](#) (neu) folgendes Votum:

Der Finanzausschuss erkennt an, dass

- Anlass zu grundsätzlicher Kritik an der GMSH nicht feststellbar ist,
- die Aufgabenwahrnehmung dauerhaft für Bund, Land, Kommunen und öffentliche Einrichtungen - in welcher Rechtsform auch immer - unerlässlich ist,
- Inhalt und Umfang der Leistungen (und damit auch deren Kosten) durch die Auftraggeber der Dienstleistungen bestimmt werden,
- eine Vergleichbarkeit der Wirtschaftlichkeit aufgrund der nach GMSH-Eigenart bestehenden Struktur zwischen Behörde und Wirtschaft/freien Berufen schwer bis kaum möglich ist,
- sich wirtschaftliche Erfolge der GMSH nicht nur in den eigenen Jahresabschlüssen, sondern teilweise auch in den Einzelhaushalten der Auftraggeber abbilden.

Gründe oder Anlässe für eine Neu- oder Reorganisation der GMSH sieht der Finanzausschuss nicht. Die Nutzung bestehender Einsparpotenziale und die Verbesserung des Controllings bleiben ständige Aufgabe.

Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die GMSH

- den Personalkörper der sich abzeichnenden Reduzierung der Bauvolumina anpasst,
- Verbeamtungen auf die Notwendigkeiten der Vorgaben der Auftraggeber (zum Beispiel des Bundes) beschränkt,
- die Bemühungen um Erweiterung ihrer Funktion als zentrale Beschaffungsstelle der öffentlichen Institutionen fortsetzt,
- aufgrund der Hinweise in den Beratungen Vorschläge zur Vereinfachung der Ausschreibungs- und Vergabeverfahren unterbreitet.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Konsolidierungsprogramm Schleswig-Holstein gemäß § 5 StabiRatG

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 17/3211](#)

Auf eine Frage von Abg. Heinold nach weiteren Konsolidierungsmaßnahmen verweist P Dr. Altmann auf die Stellungnahme des Rechnungshofs zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits bis 2020.

Einstimmig nimmt der Finanzausschuss [Umdruck 17/3211](#) zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 17/2949](#) und [Umdruck 17/3311](#) - Glücksspiel

[Umdruck 17/3213](#) - GMSH

[Umdruck 17/3214](#) - Bürgschaftsbank

[Umdruck 17/3270](#) - Beschlüsse der 25. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

[Umdruck 17/3312](#) - Zukunft Steuerverwaltung 2020

[Umdruck 17/3313](#) - Schulbau

[Umdruck 17/3314](#) - Dataport

[Umdruck 17/3366](#) - IT-Kooperation Personaldienste

[Umdruck 17/3367](#) - Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein

[Umdruck 17/3368](#) - Eingliederungshilfe

Vertraulicher [Umdruck 17/3327](#) - Veranstaltungen der Landesregierung

Der Finanzausschuss nimmt die vorstehenden Umdrucke zur Kenntnis.

Zu [Umdruck 17/2949](#) fragt Abg. Heinold die Landesregierung, wann sich die Europäische Kommission zum **Glücksspielstaatsvertrag** äußern werde. - St Dr. Bastian sagt eine schriftliche Antwort zu.

Auf eine Frage von VP Dopp zum Projekt „**Zukunft Steuerverwaltung 2020**“ ([Umdruck 17/3312](#)) kündigt St Dr. Bastian an, dass die Arbeiten zu Modul 2 im ersten Quartal abgeschlossen würden und dann der Abschlussbericht vorgelegt werde.

Zu [Umdruck 17/3314](#) möchte Abg. Heinold wissen, wann das ressortübergreifende Umsetzungsprojekt in Sachen IT erstellt beziehungsweise umgesetzt werde. - Der Finanzausschuss greift den Vorschlag von St Dr. Bastian auf und kommt überein, die Thematik in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen mit dem Vorstand von **Dataport** zu erörtern.

Zu [Umdruck 17/3367](#) fragt Abg. Poersch, wie hoch der Mitgliedsbeitrag für die DZT sei, ob das Land Mitglied bleibe und welcher Mittelbedarf insgesamt zur Aufgabenerledigung der **TASH** für erforderlich gehalten werde.

RL Hamm führt aus, Anfang 2010 hätten die Länder entschieden, nicht mehr im DZT Mitglied für das überregionale Inlandsmarketing zu sein und diese Arbeiten in Zukunft selbst zu erledigen. Das Inlandsmarketing umfasse etwa ein Volumen von 130.000 €. Während die TASH auf einer Förderung des Landes von mindestens 1 Million € beharre, habe der Wirt-

schaftsminister langfristig eine Förderung von 500.000 € jährlich in Aussicht gestellt. Die Aufgaben, die die TASH für das Land zu erledigen habe, sollten auf vermindertem Niveau weitergeführt werden.

Abg. Loedige erinnert an den Landtagsbeschluss vom 17. November 2011 und möchte wissen, wann die Landesregierung die Prüfung, inwieweit die unterschiedlichen Förderungen der einzelnen Ressorts für Tourismusförderung gebündelt werden könnten, abgeschlossen habe ([Drucksache 17/2006](#)).

RL Hamm teilt mit, es werde darüber verhandelt, ob die TASH über die vom Wirtschaftsministerium bereitgestellten 500.000 € hinaus vom Umwelt-, Bildungs- und Sozialministerium Fördermittel in Höhe von etwa jeweils 100.000 € erhalten könne, sodass sich die Förderung des Landes insgesamt auf 800.000 € belaufe.

P Dr. Altmann begrüßt die geplante Kürzung der institutionellen Förderung der TASH durch das Land und erwartet, dass das Wirtschaftsministerium deutlich beschreibe, welche Aufgaben die TASH künftig leisten solle und welche Aufgaben nicht mehr finanziert würden, und die TASH Personal abbaue. Er kritisiert, dass sich die TASH bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich darüber beklage, dass das Land seine Förderung zurückfahre und sie deshalb ihre Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß wahrnehmen könne.

Abg. Heinold hält es für selbstverständlich, dass das Aufgabenprofil dem Finanzvolumen angepasst werden müsse, und erwartet, dass die finanzpolitisch gebotene Kürzung des Landes nicht durch Förderungen aus anderen Ressorts ausgehöhlt werde.

Abg. Hamerich macht darauf aufmerksam, dass das Land die TASH gegenwärtig mit deutlich über 1 Million € fördere und die Sockelfinanzierung erst ab 2015 auf 500.000 € zurückgeführt werden solle. Eine Koordinierung der Projektfördermittel oder Marketingmittel aus den anderen Häusern sei unbedingt notwendig.

Abg. Harms kritisiert die Kürzung der Fördermittel für die TASH und betont die Bedeutung des Tourismus für das Urlaubsland Schleswig-Holstein. Er stellt die Frage, wie das Inlandsmarketing künftig durchgeführt und finanziert werden solle und wie viele Mittel bei einem ressortübergreifenden Konzept zur Verfügung stünden.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer